



Annette Karl

FÜR SIE IM BAYERISCHEN LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2008 bin ich ein Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrete damit die Interessen unserer Region in München. Neben dem Stimmkreis Weiden i. d. OPf., betreue ich auch die Stimmkreise Tirschenreuth, Schwandorf und Cham und bin für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Neustadt/WN. jederzeit gerne Ansprechpartner.

In der Landtagsfraktion habe ich die Funktion der Wirtschafts- und Energiepolitischen Sprecherin sowie der Sprecherin für Digitalisierung. Wer mich kennt, weiß jedoch, dass man sich mit Anliegen aller Art gerne an mich wenden kann. Mein Büro steht daher jederzeit für Sie offen. Darüber hinaus können Sie mich auch per Mail oder telefonisch gerne kontaktieren. Entsprechende Kontaktmöglichkeiten finden Sie in diesem Newsletter.

Gerne möchte ich Sie mit diesem Newsletter gerne über aktuelle politische Themen im Bayerischen Landtag informieren und Sie über meine Arbeit in München am Laufenden halten.

In dieser Ausgabe möchte ich einen kurzen Rückblick nehmen auf den „Blaulichtempfang“, der am 25. April 2022 in Altstadt stattfand und Sie über die Themen 10-H-Regelung sowie das Tariftreue- und Vergabegesetz weiterhin auf dem Laufenden halten.

Ich wünsche Ihnen daher viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Annette Karl, MdL



„Blaulichtempfang“ der BayernSPD-Landtagsfraktion in Altenstadt

„Großer Dank“ von Annette Karl

„Vor allem die letzten beiden Jahre in der Pandemie haben den „Blaulichtorganisationen“, also Polizei, Freiwillige Feuerwehr, BRK und THW, einiges abverlangt“, resümierte Annette Karl, MdL. Aber trotzdem waren die vielen Einsatzkräfte unermüdlich für unsere Sicherheit und Gesundheit im Einsatz. Bei einem „Blaulichtempfang“ am 25. April 2022 in Altenstadt/WN war es der Abgeordneten daher ein ganz besonderes Anliegen den ehrenamtlichen und hauptberuflichen Einsatzkräften einen großen Dank für ihr unerschütterliches Engagement auszusprechen. Zu Gast war ebenfalls MdL Stefan Schuster, Karls Kollege im Landtag. Gerne folgte der innenpolitische Sprecher der Einladung zum Empfang und hielt ein faktenreiches Statement für gute Arbeitsbedingungen der „Blaulicht-Organisationen“.

Gute Arbeitsbedingungen für Blaulichtorganisationen

Schuster, der selbst 23 Jahre bei der Berufsfeuerwehr in Nürnberg war und damit vom Fach ist, legt höchsten Wert darauf, dass es die ausdrückliche Aufgabe der Politik auf allen Ebenen sei, für gute Arbeitsbedingungen der Blaulichtorganisationen zu sorgen. Denn trotz der Tatsache, dass Bayern ein sicheres Land ist, bereitet Schuster – und auch allen anderen Anwesenden – die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatz- und Rettungskräften große Sorge. „Es gab allein gegen die Polizei im Jahr 2020 8587 Angriffe“, so Schuster. Eine Zahl, und das ist nicht von der Hand zu weisen, die besorgniserregend hoch ist.

Zunehmende Gewalt gegen Rettungskräfte

Helfen würden hier Ombudsleute, erklärte Schuster, machte aber gleichzeitig klar, dass die Staatsregierung den Vorschlag bereits abgelehnt hat. Auch bei der Unterstützung der Feuerwehren muss sich der Freistaat bewegen.

NEWSLETTER 05/2022 – ANNETTE KARL, MDL

In einem Fachgespräch im Landtag wurde deutlich, dass die Feuerwehren nicht nur Unterstützung bei der Nachwuchsgewinnung benötigen, sondern auch bei der Digitalisierung. Nicht mehr zeitgemäß sind die geringen Zuschüsse des Freistaates an Kommunen, wenn diese Feuerwehrgerätehäuser modernisieren oder neu bauen müssen. Hier gibt es einen großen Investitionsstau.



MdL Annette Karl (l.) zusammen mit MdL Stefan Schuster

Handlungsbedarf - Katastrophenschutz

Beim Katastrophenschutz besteht besonders bei Großschadeneignissen Handlungsbedarf. Allein in Bayern gab es in den Jahren 2001 – 2020 neunzig Mal die Ausrufung eines Katastrophenfalls aufgrund von Unweterschäden. Nötig sei, so Schuster, dass man die unterschiedlichen Rufzeichen der Einsatzfahrzeuge vereinheitlicht, die bisher jedes Bundesland selbst festlegt. Die Abgeordneten Karl und Schuster bekamen viel Zustimmung von Seiten der Anwesenden. Bei einem anschließenden Imbiss tauschten sich die Gäste in lockerer Atmosphäre weiter mit Karl und Schuster aus. Es gab noch viele Anregungen, die den Abgeordneten für die politische Arbeit in München mitgegeben werden konnten.

10-H- bleibt weiter Thema

Die Forderung der SPD-Landtagsfraktion nach einem Aus für die bayerische 10-H-Sonderregelung für Windräder bleibt weiter bestehen. Das bestätigte Annette Karl nochmals, nachdem der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdL am 28. April 2022 im Wirtschaftsausschuss des Landtages einen Bericht zu den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die bayerische Wirtschaft vorlegte.

Ausnahmen unzureichend

Was war geschehen? Am Tag zuvor hatte die CSU-Fraktion im Landtag Ausnahmen zur 10-H-Regelung festgelegt. Grundsätzlich hält die CSU aber nach wie vor an dieser unglücklichen Regelung fest. Neu ist, dass die regionalen Planungsverbände, die die Vorranggebiete für Windkraftanlagen (WKA) ausweisen, den Mindestabstand dort von bisher 2 000 Meter auf 1 000 Meter verringern können. Für die wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Karl, ist dies aber immer noch ein fauler Kompromiss. „Wir haben vor zwei Monaten einen unsagbar brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine erlebt. Uns wurden schon jetzt viel unzählige Gräueltaten vor Augen geführt. Uns wurde aber auch deutlich gemacht, welche massiven Auswirkungen diese geopolitischen Ereignisse auf unsere Energieversorgung haben“, so Karl. „Und anstatt die 10-H-Regelung abzuschaffen, doktert die Staatsregierung nur am Problem herum. Die Ausweisung durch Planungsverbände kann Jahre in Anspruch nehmen.“ Richtiger wäre es, neben einer Überarbeitung des Emissionsschutzgesetzes, im Rahmen eines Bürgerentscheides vor Ort über den Bau von WKA entscheiden zu lassen. Sollte die Mehrheit der Anwohner für den Bau von WKA sein, bestünde die Möglichkeit, im Zuge der Bildung einer Bürgerenergiegenossenschaft, dass diese dann die WKA abseits der geltenden 10-H-Regelung unkompliziert und schnell errichtet. Dies würde den Ausbau massiv beschleunigen

und die Menschen auf lange Sicht direkt finanziell entlasten.

Mindestlohn – SPD liefert

Wie bereits in einem früheren Newsletter berichtet, lässt die BayernSPD-Landtagsfraktion nicht locker und setzt sich auch weiterhin auf Landesebene für ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz ein.

Mehr Geld – bessere Arbeitsbedingungen

Am 28. April 2022 war zunächst auf Bundesebene der von der SPD geforderte und durchgesetzte Mindestlohn von 12 Euro auf der Tagesordnung. In der ersten Lesung vom Bundestag diskutiert, wird er nun den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen. Bereits zu Beginn des Jahres, als der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zu Gast bei der Klausur der SPD-Landtagsfraktion war, kündigte er noch im Jahr 2022 die Umsetzung eines höheren Mindestlohnes an.

BayernSPD bleibt hartnäckig

In Bayern war zur gleichen Zeit das von der SPD-Fraktion zum wiederholten Mal eingereichte Tariftreue- und Vergabegesetz das Thema im Wirtschafts- und Sozialausschuss. „Die SPD wird hartnäckig bleiben. Bayern ist eines der letzten Bundesländer, das nicht über ein solches Gesetz verfügt. Dieser Umstand ist nicht hinnehmbar“, so Annette Karl. Zusammen mit dem Mindestlohn, von dem alleine in Bayern schon rund 1 Million Menschen profitieren werden, kommen durch ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz den Menschen in Bayern auch noch zusätzlich verbesserte Arbeitsbedingungen zugute. „Ich kann mir in Bayern niemanden vorstellen, der das nicht will“, so die Abgeordnete.

Kontaktmöglichkeiten:
Bürgerbüro Annette Karl, MdL
Bahnhofstraße 8
92660 Neustadt/WN.
09602 2729
buengerbuero@annettekarl.de